



Christian Schneider
(*1941)

Die sieben wichtigsten Punkte in meinem Leben

1941–1945: Kindheit in Breslau bis zur Vertreibung aus Schlesien.

Die Schulzeit und meine Ausbildung zum Verlagskaufmann absolvierte ich im baden-württembergischen Bad Mergentheim. Schon während meiner Lehrzeit in der kaufmännischen Abteilung der örtlichen Zeitung hatte ich wiederholt die Möglichkeit, nebenher auch in der Lokalredaktion mitzuarbeiten. Dabei habe ich, wenn man so will, „Blut geleckt“, jedenfalls war es eine Weichenstellung für meine spätere berufliche Laufbahn als Journalist.

1963 hängte ich den Verlagskaufmann an den Nagel, um aus meiner Leidenschaft eine Profession zu machen. Dazu begann ich ein Redaktions-Volontariat beim Südkurier in Konstanz mit Ausbildungsstationen in Villingen-Schwenningen und St. Georgen. Anschließend wechselte ich zur Schwäbischen Zeitung zunächst nach Überlingen und Schramberg und schließlich in die Zentralredaktion nach Leutkirch sowie ins Landtagsbüro der Schwäbischen Zeitung in Stuttgart. Gleichzeitig war ich freiberuflich als Korrespondent für den Österreichischen Rundfunk (ORF) tätig.

1970 bot mir die Süddeutsche Zeitung in München die Stelle eines Reporters in der Bayernredaktion an. Schließlich war ich auch für die Seite Drei, die Innenpolitik und die Reiseseite der SZ tätig. Mein thematischer Schwerpunkt war zunächst die bayerische Landespolitik, wobei sich die 70er und 80er Jahre journalistisch als äußerst spannend und ertragreich erwiesen: Beginn der Umweltpolitik in Bayern und Aufbau des ersten Umweltministeriums in Europa, Kampf um die Atomenergie, die Auseinandersetzungen um eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), forcierter Autobahnausbau, Großflughafen im Erdinger Moos, Donau-Ausbau, Alpenplan, Waldsterben, Neuordnung der Müllbeseitigung, Nationalpark Bayerischer Wald und Alpen-Nationalpark, aber auch Forstreform, Gebiets- und Verwaltungsreform sowie die Geburtsstunde der Grünen und schließlich deren Einzug auch in den Bayerischen Landtag.

Das Jahr 1970 war auch in anderer Hinsicht entscheidend für mich. Denn erst mit dem Europäischen Naturschutzjahr 1970 wurde ich überhaupt mit dem Thema Natur- und Umweltschutz vertraut. Aus einer damals noch journalistischen Marktlücke wurde für mich in den Folgejahren ein weiterer Themenschwerpunkt bei der Süddeutschen Zeitung.

1976 meldete mich die Süddeutsche Zeitung zur Teilnahme am Fulbright-Programm an. Dazu gehörte ein dreimonatiger Studienaufenthalt an der Indiana University Bloomington/USA mit Seminaren in Washington und New York sowie die Hospitanz bei zwei Zeitungen in New Haven (Neuengland) und Oakland (Kalifornien). Sowohl dieser Studienaufenthalt in den USA als auch spätere Reisen für die SZ-Redaktion in die frühere Sowjetunion, nach Afrika, Südamerika, den Vorderen Orient und Asien gaben mir die Möglichkeit, Probleme neu und anders zu sehen und Themen anders einzuordnen. Das gilt für den Umweltbereich, das gilt aber auch für sozialpolitische Themen, die später ebenfalls zu meinem Arbeitsbereich bei der SZ gehörten.

Zu einem prägenden Erlebnis für mich wurden Ende der siebziger Jahre zwei Reisen nach Kenia und in die Serengeti in Tansania. Diese Begegnung mit einer bis zum

Horizont unverbauten Landschaft und der freie Zug der Wildtiere waren für mich, den Besucher aus Bayern, atemberaubend und geradezu umwerfend. Welcher Kontrast zu den ausufernden Gewerbegebieten und dem hemmungslosen Verbrauch der Landschaft im weiß-blauen Freistaat! Schande über Bayern!

Nicht irgendwo im Grünen, sondern in einem Hochhaus am Münchner Westkreuz wohnt also ein Journalist, der fast 40 Jahre in der Süddeutschen Zeitung über Umwelt- und Naturschutz in Bayern berichtet hat. Doch irgendwie passt das, denn hier im Münchner Westen liegen die sozialen Probleme gewissermaßen vor der Haustür, und Christian Schneider erzählt, dass sein journalistisches Anliegen immer in erster Linie gewesen sei, auf Menschen und Themen aufmerksam zu machen, die im Schatten stehen oder ungerecht behandelt werden. Dazu gehöre auch die Natur, zu deren medialem Anwalt er aber erst mit der Zeit wurde. Schneider begleitete aus „kritischer Distanz“ die Arbeit des Bayerischen Umweltministeriums seit dessen Gründung 1970. Er schrieb über das Waldsterben, den Ausbau der Kernenergie, die Auseinandersetzungen um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Planung des Flughafens im Erdinger Moos und vieles mehr. Dabei verfolgte er den Grundsatz, dass ein Journalist sich nicht mit einer Sache gemein machen soll, oft ganz bewusst nicht. Er versuchte vielmehr für seine jeweilige Position die richtigen Argumente zu finden. Heute bedauert er, dass die Zeit für die dazu notwendigen Recherchen in vielen Redaktionen aufgrund von Kostenzwängen fehlt und manche Redaktion anfälliger wird gegenüber Einflussnahmen von außen.

Warum haben Sie Natur- und Umweltschutz als einen der Schwerpunkte Ihrer journalistischen Arbeit gewählt?

Ich bin eigentlich kein Überzeugungstäter und eher durch Zufall auf dieses Thema gestoßen. Umweltschutz und Naturschutz haben mir lange überhaupt nichts gesagt. Sensibilisiert für dieses Thema wurde ich erstmals durch den Slogan „Blauer Himmel über der Ruhr“, der beim Bundestagswahlkampf 1961 eine wichtige Rolle spielte. Die SPD stellte damit die „Politik der Hohen Schlotte“ – man baute damals die Schornsteine von Fabriken einfach höher, um die Schadstoffbelastung in der direkten Umgebung zu senken – in Frage und machte sie zum Wahlkampfthema. Da fragte ich mich: Hoppla, was läuft da eigentlich? Aber das eigentliche Aha-Erlebnis war für mich dann das Europäische Naturschutzjahr 1970. Damals schickte mich meine Redaktion zur Berichterstattung in die Stuttgarter Liederhalle, wo die baden-württembergische Auftaktveranstaltung zum Europäischen Naturschutzjahr stattfand.

War das schon für die Süddeutsche Zeitung (SZ)?

Nein, damals habe ich noch für die Schwäbische Zeitung in Leutkirch gearbeitet. Erst kurz darauf, im April 1970, bin ich zur Süddeutschen Zeitung in München gewechselt. Fast zeitgleich wurde das Bayerische Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gegründet. Für mich war das ein journalistischer Glücksfall, denn die Gründung dieses Ministeriums war eine europäische Premiere, und ich war unmittelbar mit dabei. Neben dem Europäischen Naturschutzjahr war das für mich also ein weiterer Grund, mich mit dem Thema Umweltschutz zu beschäftigen. Bestechend fand ich damals, dass es nicht nur um Umwelt- und Naturschutz im Sinne von Reparatur ging, sondern dass man bei der Gründung des neuen Ministeriums gesagt oder zumindest die Politik das damals so propagiert hat: „Lasst uns ein Instrument schaffen, mit dem wir präventiv tätig werden können, und das Kind erst gar nicht in den Brunnen fällt.“ Das war in meinen Augen, und so sehe ich das auch heute noch, ein kluger, ein vorausschauender Politikansatz. Da wurden in Bayern



Mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin beim Bergforum auf der Praterinsel in München (Foto: DAV-Archiv, 2004)

Landesentwicklung beziehungsweise Landesplanung und Umweltschutz zusammengespannt. Es sollte also nach dem Grundsatz verfahren werden, dass man in der Natur und in der Landschaft zunächst eine Bestandsaufnahme macht und sich erst dann überlegt, was kann dort entwickelt, verändert, gebaut werden, ohne dass etwas gefährdet oder unwiederbringlich kaputt gemacht wird. Für einen Journalisten war das eine durchaus spannende Frage, ob und wie dieser Denkansatz im landespolitischen Alltag umgesetzt wird. Auch deswegen wurden Umwelt- und Naturschutz ein Thema für mich. Hinzu kam schließlich, dass sich in den Redaktionen noch kaum jemand mit diesen Fragen beschäftigte. Das bedeutete für mich: „Da ist eine Nische, die besetzt du jetzt.“

Heute sind Natur- und Umweltschutz fester Bestandteil der Berichterstattung in den Medien. Was hat sich seit den 70er Jahren geändert?

Ursprünglich hatten Naturschützer das Image von „romantischen Spinnern“, manche hielten sie auch für „weltfremde Sektierer“. Sie schwärmten von der Schönheit der Natur, erklärten den Menschen aber viel zu wenig, warum etwas geschützt werden soll oder muss. Erst, als

mehr auf die Fragen nach dem „Warum?“ eingegangen wurde, tat sich der Naturschutz leichter. Beim Thema Umweltschutz war das von vornherein ein bisschen anders, da gab es nicht diese Startschwierigkeiten. Denn die Leute verstehen und wissen ja, dass versauertes Wasser und verpestete Luft krank machen. Man schützt die Umwelt, weil man sich damit selber schützt. Ich denke, dass die beiden Vorsitzenden des Bund Naturschutz in Bayern, Weinzierl und Weiger, viel zum besseren Verständnis des Naturschutzes beigetragen haben. Beide hatten und haben die Gabe, Zusammenhänge zu erklären und etwas bildhaft auszudrücken, Dinge auf den Punkt zu bringen. Ein Bild, das mich damals sehr überzeugt hat, war das Bild vom „Raumschiff Erde“. Damals war gerade die Mondfahrt hoch aktuell. Man erklärte: Wenn da eine Schraube nach der anderen wegfiegt, fliegt über kurz oder lang das gesamte Raumschiff auseinander, und dann ist es vorbei. Das war einsichtig für die Menschen. Diese Argumentation wurde aufgenommen. Ich dachte damals: Endlich! Jetzt wird etwas erklärt, nicht nur geschwärmt oder gefordert oder abgelehnt. Das war auch nötig, weil die Öffentlichkeit – und das ist bis heute so – immer nach Kosten-Nutzen fragt. Warum soll man etwas tun? Was nützt es? Beispiel Artenschutz: Der ist wichtig, weil wir bei vielen Arten noch gar nicht wissen, welchen Nutzen sie für den Menschen etwa in medizinischer Hinsicht haben können. Also sollten wir die Arten tunlichst erhalten.

Aber nicht alles wird zum Thema. Beispielsweise ist die Klimaveränderung in aller Munde, aber über die weltweiten Bodenverluste wird nicht berichtet...

Es kommt eben darauf an, Beispiele zu finden, die etwas einsichtig, begreifbar machen. Nehmen wir den Klimawandel: Wenn die Gletscher schmelzen und das Eis an den Polen, dann wird jedem klar, dass die Erderwärmung kein Märchen, sondern Realität ist. Und mit dem Klimawandel tauchen plötzlich neue Arten bei uns auf, ekelhafte Stechmücken, die es zuvor in Bayern nicht gab. Es wäre Aufgabe der Wissenschaftler, auch für den Verlust von Böden ähnlich eindrucksvolle Erklärungsmuster zu finden. Es geht immer wieder um die Frage: Was passiert,

wenn...? Aber da tun sich die Wissenschaftler noch immer ein bisschen schwer. Oder sind sie sich zu fein dazu? Ich denke, auch oder gerade Wissenschaftler sind in der Pflicht, dem Laien zu erklären, was sie erforscht haben und was das für den Einzelnen bedeutet. Man könnte doch den Leuten sagen: Hört mal, wenn der Boden als Filter ausfällt, dann gibt es über kurz oder lang auch kein brauchbares Trinkwasser mehr. Oder: Wenn die Bodenerosion so weiter geht, dann kann man auch bald nichts mehr anbauen, und dann haben wir nichts mehr zu essen. Ich habe den Eindruck, Wissenschaftler scheuen sich vor solch plakativen Aussagen. Stattdessen sagen sie: „Wir wissen ja nicht, ob es wirklich so kommt.“

Weil sie eben Wissenschaftler sind...

Ja, aber damit lässt die Wissenschaft auch die Politiker ein bisschen im Stich. Denn von diesen werden Entscheidungen verlangt, die sie natürlich begründen wollen. Geht ein Politiker dann zur Wissenschaft und fragt: „Wie verhält es sich?“, erhält er vielleicht zur Antwort: „Ja, wir haben beobachtet. Wir haben gesehen. Nach unseren Trendlinien könnte das so sein – aber Genaues weiß man noch nicht. Wir müssen noch weiter forschen.“ Wenn der Politiker mit dieser Botschaft vor das Publikum tritt und sagt: „Also, ich möchte gerne den Wald schützen, aber der Forscher sagt mir, er weiß noch nichts Genaues, deswegen kann man jetzt noch nichts tun.“ Das geht doch nicht!

Ist es für Journalisten heute insgesamt leichter als zu Ihrer Anfangszeit, Umweltthemen zu transportieren?

Ja, ich denke schon, dass es heute einfacher ist. Ich sehe allerdings auch strukturelle Veränderungen, die das behindern. Junge Kolleginnen und Kollegen haben heute teilweise nur noch Zeitverträge oder sind freiberuflich oder als Pauschalisten beschäftigt, die haben dann kaum noch Zeit, sich auf lange Recherchen einzulassen. Da kommen dann etwas schwierigere Themen, wo man etwas erklären muss, seltener vor. Außerdem geht in der Presselandschaft die Tendenz eher in Richtung mehr Unterhaltung. Auch sind die Redaktionen immer dünner besetzt, so dass immer weniger Zeit bleibt für zeitaufwendige Recherchen.



Mit Klaus Töpfer beim Bund Naturschutz-Forum im Münchner Lenbachhaus (Foto: BN-Archiv, Anette Stefan, 2008)

Ich hatte zum Beispiel die Möglichkeit im Zusammenhang mit der ICE-Trassenführung von München nach Berlin in Nordbayern zwei, drei Tage vor Ort unterwegs zu sein, mit den Leuten zu reden und mir die geplanten Eingriffe in die Landschaft anzuschauen. Diese Zeit hat heute kaum noch ein Journalist.

Konnten Sie immer unabhängig berichten oder haben Sie es erlebt, dass versucht wurde, Einfluss auf Ihre Berichterstattung zu nehmen?

Unabhängig berichten ja, aber auch versuchte Einflussnahme. Ich erinnere mich höchst ungern an den Fall eines Landtagsabgeordneten in Bayern, der auch Präsident des Deutschen Jagdschutzverbandes war. Er hat sehr massiv versucht, mich bei meiner Zeitung anzuschwärzen und auch die Zeitung unmöglich zu machen. Es ging damals um die Berichterstattung über die Ausmaße des Wildverbisses und die Auswirkungen auf die Wälder.

Wie hat er das gemacht?

Er hat ständig behauptet, dass das, was ich oder Kollegen in der Süddeutschen Zeitung zu diesem Thema ge-



Mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber beim Bund Naturschutz-Forum (Foto: BN-Archiv, Peter Roggenthin, 2006)

schrieben haben, nicht der Wahrheit entspräche. Wir würden eine ganz andere Wirklichkeit beschreiben. Und schließlich: Mit dem Wildverbiss, das sei ja alles gar nicht so schlimm.

Er hat eine Leserbriefkampagne gestartet...

Ja. Er hat aber auch den Chefredakteur angerufen, er hat meinen Ressortleiter angerufen. Er hat einen der Gesellschafter des Süddeutschen Verlags angerufen, der ein leidenschaftlicher Jäger war. Der hat mich dann auch prompt zu sich einbestellt. Diesem Gespräch habe ich mich dann allerdings verweigert, mit dem Rückenwind aus der Chefredaktion. Deren Standpunkt war: „Was die Redaktion macht, entscheidet alleine die Redaktion, aber kein Gesellschafter. Niemand hat hier Einfluss auf die Redaktion auszuüben.“

Ist ein solcher Rückhalt durch die Chefredaktion auch heute noch üblich?

Große Zeitungen wie die Süddeutsche tun sich da vermutlich leichter mit der journalistischen Unabhängigkeit. Bei kleineren Zeitungen sieht das schon ganz anders aus. Da gibt es dann die Nähe von Verlegern und Chefredakteuren zur Kommunalpolitik, zu Firmen- und Verbandsvertretern. Der Zeitungsmarkt ist hart geworden, der Kostendruck groß. Da können dann auch schon mal Grundsätze über Bord gehen.